

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 5

Artikel: Bush nach dem Cannae in Kuwait
Autor: Tütsch, Hans E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164894>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hans E. Tütsch

Bush nach dem Cannae in Kuwait

Präsident Bush hat Anfang März nach dem Sieg über Irak die Zustimmung von ungefähr 90 Prozent der Bürger erhalten. Das hatte vor ihm noch kein Präsident erreicht. Der Aufbau einer Koalition von 28 Staaten, um Saddam Hussein die Stirn zu bieten, zusammen zu entscheiden und zusammen zu fechten, die Verpflichtung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen auf 14 Resolutionen gegen den Aggressor stellt eine diplomatische Glanzleistung dar.

Die Umfassungsschlacht in der Wüste, die zur Vernichtung des Feindes bei nur geringen eigenen Verlusten führte, ist in der Geschichte fast einmalig. Sie lässt sich mit Hannibals Sieg über die Römer bei Cannae vergleichen. General H. Norman Schwarzkopfs Darstellung der Schlacht klangen wie Theodor Mommsens Schilderung von Cannae: «*Es ist vielleicht nie ein Heer von dieser Grösse so vollständig und mit so geringem Verlust des Gegners auf dem Schlachtfeld selbst vernichtet worden wie das römische bei Cannae*» — oder das irakische bei Kuwait. Und selbst die politische Wirkung war ähnlich: «*Jetzt aber brachte die Siegesbotschaft . . . selbst die faktiöse Opposition daheim zum Schweigen.*» Hannibal bleibt ein Vorbild für Generäle; aber es war ihm versagt, eine populäre Fernsehfigur zu werden wie *Caput nigrum*, der von Barbara Walters interviewt wurde.

Bush, der Oberbefehlshaber aller Streitkräfte, und seine wichtigsten Generäle, Colin Powell und H. Norman Schwarzkopf, verzichteten darauf, den Sieg bis zur Neige auszukosten und auf das ungeschützte Bagdad zu marschieren. Er wollte ein Machtvakuum in Irak, eine «Libanonisierung» vermeiden; aber Saddam Husseins Beseitigung erschien ihm wünschenswert. Jedenfalls richtete Bush seine Bemühungen weder auf eine Zerstörung noch auf eine vollkommene Destabilisierung Iraks aus. Er selber setzte seinem Erfolg Grenzen. Der Kongress in Washington feierte den Präsidenten mit einer Einladung zu einer Ansprache, was dem Triumphzug eines römischen Feldherrn gleichkommt — allerdings ohne Stirnlorbeer und zu Sklaven gemachte Kriegsgefangene.

Geschlagene Opposition

Auf dem Schlachtfeld blieben — politisch gesehen — Dutzende von selbsternannten Militärexpererten, in den Posen der sechziger Jahre einge-

florene Friedensprediger und verlorene Häufchen von Linksextremisten zurück, die sich nicht mehr nach Moskau oder Peking ausrichten können. Eine empfindliche Schlappe erlitt die Nationale Frauenorganisation, welche das Recht für die Frauen in Anspruch nimmt, mit Waffen zu kämpfen, aber sich gegen den Krieg aussprach. Schwer angeschlagen sind ferner jene Konservativen, die in den Isolationismus der fünfziger Jahre — im Stile der Senatoren Taft und Bricker — oder gar in den der dreissiger Jahre zurückgefallen sind.

Schliesslich leiden die Demokraten, deren Führung fast geschlossen gegen die Politik Bushs stimmte und ihm die Kompetenz zur Kriegsführung verweigern wollte, die ihm die Vereinten Nationen schon erteilt hatten, unter dem neu aufgefrischten Vorwurf, sie vermöchten die nationalen Interessen auf der Weltbühne nicht energisch wahrzunehmen. Von dieser Last werden sie sich nur schwer zu befreien vermögen. Deshalb stimmten sie in den patriotischen Jubel für die Soldaten ein. Die Debatten im Kongress standen auf ungewöhnlich hohem Niveau, aber die Demokraten stimmten nicht im Einklang mit der Volksmehrheit. Sie heben nun hervor, dass die grosse Aufrüstung schon unter Jimmy Carter begonnen hatte, und verschweigen dabei, dass aus ihren Kreisen jede einzelne der Hightech-Waffen als zu teuer und zu unwirksam kritisiert worden war — wie das noch mit der Strategischen Verteidigungsinitiative geschieht.

Das Vietnamsyndrom wird jetzt wohl überwunden sein. Selbst bei so kleinen Polizeiaktionen, wie denen in Grenada und in Panama stieg über Washington und New York ein Klagegeheul auf: Wir geraten in ein zweites Vietnam. Die Vereinigten Staaten haben in den vergangenen vierzig Jahren drei Kriege in Asien geführt, den in Korea unentschieden gehalten, den in Vietnam verloren und jetzt den in Irak gewonnen, der eine ungeheure Transportleistung über den halben Erdball, eine strategische und taktische Meisterschaft und eine umsichtige diplomatische Untermauerung voraussetzte. Selbst die Vereinten Nationen wurden zum ersten Mal seit Jahrzehnten dazu gebracht, ihre Hauptaufgabe zu erfüllen und einem Aggressor wirksam Paroli zu bieten.

Bush standen Berater zur Seite, die als zivile Stabschefs oder Sicherheitsberater unter früheren Präsidenten Erfahrungen gesammelt hatten: Staatssekretär James Baker war Stabschef Reagans gewesen. Verteidigungsminister Cheney Stabschef Fords, General Powell Sicherheitsberater Reagans und General Scowcroft Sicherheitsberater Fords. Baker zeigte sein Geschick beim Zusammenschmieden der Koalition. Seine Entwicklung der Beziehung zu Saddam Hussein vor dem Angriff auf Kuwait wird im Kongress kritisiert.

Neue Weltordnung

Bush verkündet, wie mehrere Präsidenten vor ihm, vor allem Woodrow Wilson, die Absicht, eine «Neue Weltordnung» zu schaffen. Diese steckt allerdings noch in den Windeln. Der ruhelose Mittlere Osten ist kaum der richtige Ort, um sie aus der Taufe zu heben. Bush und mehr noch Baker sind überzeugt, dass sie die Quadratur des arabisch-israelischen Zirkels zu lösen vermögen werden. Der Staatssekretär verkündet, und zwar nach einem langen Gespräch mit Hafez al-Assad in Damaskus, ein «*Window of opportunity*» habe sich geöffnet. Nachdem eine Anerkennung der Existenz Israels von den Arabern — ausser Ägypten — verweigert wird, will Baker auf zwei Geleisen vorwärts schreiten. Er möchte vertrauensbildende Schritte zwischen Israel und den Nachbarländern einleiten. Er zählt dabei stark auf Saudiarabien, dessen Diplomatie den Vereinigten Staaten schon so manche Enttäuschung bereitet hat. Baker wünscht ferner direkte Gespräche zwischen Israel und den Palästinensern. Diese beharren auf ihrer Vertretung durch die PLO, und damit ist schon das erste Hindernis aufgetürmt. Der Friedenskuss Schamirs mit Arafat lässt auf sich warten.

Arabische Konflikte

Auch ohne Israel wäre der Mittlere Osten nicht ein Sandmeer des Friedens. Die ganze islamische Welt, vor allem die Araber am Mittelmeer, stehen seit Jahrzehnten unter dem ungeheuren Druck der europäisch-nordamerikanischen Zivilisation mit ihrer modernen Technologie. Sie wird von einem Teil der Bevölkerung rezipiert, von einem andern abgelehnt. Der Fundamentalismus entfaltet sich als Gegenbewegung zu der westlichen Zivilisation, auf Druck folgt Gegendruck. Der Vormarsch der islamischen Fundamentalisten erinnert an die «*Santa Fede*» des Kardinals Fabrizio Ruffo, dessen reaktionäre Horden 1799 der Republik Neapel mit ihren liberalen und demokratischen Ansätzen ein Ende bereiteten und das Ancien Regime wiederherstellten. Nur ein Umdenken, nicht der Ankauf fremder Waffen, könnte die arabische Welt aus dem Zustand herausbringen, den Malek Bennabi als «Kolonisierbarkeit» bezeichnet hat; Kolonisierbarkeit nicht mehr durch Besetzung, sondern durch die Abhängigkeit von Produkten der westlichen Technik und Wirtschaft, von Maschinen und Waffen und selbst Nahrungsmitteln. Dem «Sanfedismus» der Araber gehört die Zukunft nicht. Die Neue Weltordnung in dieser Weltgegend in Angriff zu nehmen, erscheint nicht besonders aussichtsvoll.

Bush möchte den arabisch-israelischen Konflikt beilegen. Er wäre bereit, Israel und arabischen Ländern eine gewisse Sicherheitsgarantie zu

geben. Er hat eine aussergewöhnliche Leistung vollbracht, indem er 540 000 Mann amerikanische Truppen und den ganzen ungeheuren Nachschub nach dem Persischen Golf brachte. Aber Amerika bleibt eben doch fern von dieser Zone, und es brauchte sieben Monate bis dieses Heer bereit stand. Israel möchte nicht in dem Zustand befreit werden wie Kuwait.

Die Vereinigten Staaten haben offenbar die Hegemonie Syriens über Libanon stillschweigend anerkannt. In seinem Gespräch mit Mitterrand Mitte März weigerte sich Bush, einem vollständigen Waffenexportverbot für den Mittleren Osten zuzustimmen. Ein Blick auf die Elemente der amerikanischen Pläne zeigt, wie grosse Lücken dieses Gerüst noch aufweist und dass das Material nicht überall solide erscheint.

Ungewissheit über Gorbatschew

Die Beziehungen der Vereinigten Staaten zur Sowjetunion blieben wohl wichtiger als die Vorgänge im Mittleren Osten. Aber sie verharren in einem unsicheren Gleichgewicht. Gorbatschew hat zwar den zwölf Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gegen Irak zugestimmt, aber doch immer wieder Verbalvorbehalte laut werden lassen und Friedensmanöver eingeleitet, die von den Amerikanern — trotz gegenteiligen Beteuerungen — keineswegs geschätzt wurden. Die Verluste an ihrem Kriegsmaterial im Zusammenprall mit amerikanischen Waffen in den mittelöstlichen Kriegen der letzten 24 Jahre müssen den Sowjets einiges zu denken geben.

Staatssekretär Baker musste am 15. März feststellen, dass die Hinderisse bei den Verhandlungen über die strategischen Nuklearwaffen (START) noch nicht beseitigt sind. Er betont, dass bloss noch zwei Punkte des Anstosses verbleiben. Aber bevor diese beseitigt sind, kann der Vertrag nicht unterzeichnet werden. Der Vertrag hätte nach einer Abrede Präsident Reagans mit Gorbatschew vor drei Jahren unterzeichnet werden sollen. Auf dem Weg zur Reduktion der konventionellen Waffen hat die Sowjetunion nach der Unterzeichnung mit neuen Winkelzügen — Umtaufe von drei Infanteriedivisionen als Marineinfanterie, die dem Vertrag entzogen wären — altem Misstrauen neue Nahrung verliehen. Die Unterbreitung des Textes an den Senat zur Genehmigung liegt auf der langen Bank. Die Gipfelkonferenz Bushs mit Gorbatschew in Moskau bleibt aufgeschoben.

Bush hat bisher vorsichtig operiert, um Gorbatschew nicht zu schwächen, von dem er immer noch die Unterzeichnung und Durchführung der Abrüstungsprojekte erwartet. Die Vereinigten Staaten nützen die Strukturkrisen in der Sowjetunion nicht aus, was nach den Jahrzehnten des Kalten Kriegs nicht selbstverständlich ist. Seit Bessmertnych, der uns im Tischge-

spräch mehr Gromyko als Schewardnadse zu gleichen scheint, Außenminister geworden ist, sind zweifellos die Kontakte zwischen Moskau und Washington wieder harziger geworden.

Die Vereinigten Staaten haben 1933 die Sowjetunion und damit ihre Gebietsintegrität anerkannt, jedoch nicht die spätere Annexion der drei baltischen Staaten. Diesen Unterschied hebt Baker hervor.

Bush hat eine beachtenswerte Widerstandskraft gegenüber den Schwankungen der öffentlichen Meinung bewiesen, die durch einige Klüngel *«inside the beltway»*, d.h. im Zentrum der Hauptstadt, bestimmt wird. In den ersten Monaten des vergangenen Jahres beklagten die Massenmedien, dass die Vereinigten Staaten bei dem Umschwung im Ostteil Europas keine wichtigere Funktion ausübten. Aber es erwies sich als vorteilhaft für alle Seiten, dass die Amerikaner ihre Finger nicht in jeden Kuchen steckten. Bush hat die deutsche Wiedervereinigung oder Vereinigung nicht gebremst, sondern im Rahmen der Gespräche mit den andern Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und auch mit den Alliierten in der NATO gefördert.

Neuer Optimismus

Am 20. August 1990 gab *«Time»* einer in Washington weitverbreiteten Meinung Ausdruck, als das Nachrichtenmagazin klagte, der Kommunismus breche zusammen, die Vereinigten Staaten befänden sich im Niedergang, während neue Supermächte, Deutschland und Japan, die Vormacht Amerikas herausforderten. Im Konflikt am Persischen Golf traten dann weder Kohl noch Kaifu in den Vordergrund. Jetzt hört man flüstern, das zwanzigste sei vielleicht doch das *«amerikanische Jahrhundert»*, wie *«Time»* vor fünfzig Jahren verkündet hatte. Jedenfalls ist mit der patriotischen Hochstimmung ein neuer Optimismus in Washington eingezogen. Der eine oder andere Beobachter glaubt auch, die Stimmung der fünfziger Jahre sei wieder zurückgekehrt. Das Zeitalter Bushs lässt sich jedoch nicht mit demjenigen Eisenhowers vergleichen; das Rad der Geschichte dreht sich nicht zurück. Das Ende der Geschichte — weder im Sinne Hegels oder dem Fukuyamas — ist nicht gekommen.

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten beschränkt sich nicht auf überseeische Gebiete, wie man den Massenmedien entnehmen könnte, welche die westliche Hemisphäre vernachlässigen. Der Versuch, die nördliche Freihandelszone auf Mexiko auszudehnen, was schon Reagan geplant hatte, wird die Geschicke der Vereinigten Staaten beeinflussen. Der Wanderdruck aus Mittelamerika auf die über dreitausend Kilometer lange fast offene Grenze der Vereinigten Staaten nimmt zu. Der Beitritt zur Freiwirt-

schaftszone setzt eine «Revolution» in Mexiko voraus, eine Entflechtung der Staatspartei von ihren wirtschaftlichen und politischen Monopolen.

Verkürzte Wahlkampagne

Bushs Popularität nach dem Sieg in Kuwait wirkt sich auf die Innenpolitik und vor allem auf die Wahlen aus. George McGovern 1972 und Jimmy Carter 1976 hatten die Wahlkampagne auf zwei Jahre ausgedehnt — keine nützliche Neuerung. Diesmal hat, anderthalb Jahre vor dem Wahltag 1992, noch kein Bewerber eine Organisation aufgebaut und Geld gesammelt.

Als Aspirant auf die Nomination der Demokratischen Partei hat sich zuerst McGovern angemeldet, der 1972 gegen Richard Nixon nur in Massachusetts und im District of Columbia gewann, der selbst dem Esel, dem Totemtier der Demokraten, eine Mehrheit gäbe, wenn kein Zweibeiner auftreten würde. Nach McGovern offerierte sich Paul Tsongas, ein ehemaliger Senator aus Massachusetts, der vor sieben Jahren zurücktrat, weil er an Leukämie litt, und der sich jetzt stark genug fühlt, den kräfteraubenden Wahlkampf zu führen. Ob allerdings seine Partei das Experiment mit einem Linksdemokraten aus Massachusetts wiederholen will, nachdem Dukakis nicht nur in der Präsidentenwahl, sondern auch in seinem Staat so gescheitert ist, dass er als Gouverneur von einem Republikaner abgelöst wurde, erscheint unwahrscheinlich.

Schliesslich regt sich Senator Albert Gore aus Tennessee, der 1988 in den Primärwahlen ausschied, nachdem er einige Achtungserfolge errungen hatte. Gore ist einer der ganz wenigen Parteigrössen der Demokraten, die nicht gegen die Erteilung der Kriegsführungskompetenzen an Präsident Bush stimmten. Nachdem der Krieg rascher und erfolgreicher abgeschlossen wurde als irgend jemand erwartet hatte, halten sich die Kriegsgegner momentan noch zurück und warten für sie günstigere Zeiten ab. Nicht einmal Jesse Jackson spielt sich in den Vordergrund, obwohl er jetzt über ein eigenes Fernsehprogramm verfügt, allerdings zur ungünstigen Zeit von acht Uhr morgens am Sonntag.

Nobelpreis für Jimmy Carter?

Mangels überzeugender Präsidentschaftskandidaten überschütten Demokraten Jimmy Carter mit Lob. Er wird in Zeitschriften und am Fernsehen als «*der beste frühere Präsident aller Zeiten*» bezeichnet — ohne dass jemand etwa an John Quincy Adams dächte, der lange Jahre nach seiner Abwahl im Repräsentantenhaus eine wichtige Aufgabe erfüllte und dort

schliesslich auch starb. Das «American Friends Service Committee» schlägt Jimmy Carter für den Nobelpreis für den Frieden vor. Würde der ehemalige Präsident mit diesem Preis gekrönt, gäbe das der Sache der Demokraten Auftrieb. Das «American Friends Service Committee» hat seinen Charakter seit dem Vietnamkrieg stark geändert. Guenter Lewy stellt in seinem Buch: «*Peace & Revolution. The Moral Crisis of American Pacifism*» fest: «Seine (des Komitees) öffentliche Erklärungen haben eine Philosophie von ‚Frieden und Gerechtigkeit‘ promulgiert, während der Stab des AFSC, darunter viele Nicht-Quaker, frei ihrer Arbeit nachgingen, enge Beziehungen zu revolutionären marxistischen Bewegungen in der ganzen Welt zu knüpfen.»

Gute Chancen für Bush

Die Ausgangslage für die Präsidentenwahl ist so, dass ein Witzbold in der Demokratischen Partei meint, Bush werde in anderthalb Jahren sicher wiedergewählt, sofern sich nicht der populäre General Schwarzkopf plötzlich als Demokrat entpuppt. Schwarzkopf betont, er sei ein Unabhängiger. Auch von Eisenhower wusste man nicht, zu welcher Partei er sich schlagen würde; Truman bot ihm die Nachfolge im Weissen Haus an, bevor sich der General den Republikanern zuwandte. Manche Demokraten trösteten sich mit Churchill, der 1945 abgewählt wurde, noch bevor der Krieg (gegen Japan) zu Ende war.

Für die Popularität des Präsidenten gilt der alte Spruch: «use it or loose it». Den sogenannten «wimp factor» hat er überwunden; der Vorwurf, er sei ein Schlappschwanz («Newsweek») oder Schosshund (George Will) wird gegen den Präsidenten nicht mehr erhoben. Aber nicht wenige Politiker sind überzeugt, dass Bush das Handwerk der Diplomatie vorzüglich verstehe, aber die Innenpolitik vernachlässige oder ohne besonderes Geschick leite. Entgegen einer unter Demokraten verbreiteten Meinung sind Sicherheitsfragen auch bei Präsidentenwahlen wichtig, nicht nur Probleme des täglichen Brots. Während des Konflikts am Persischen Golf haben die Demokraten ihre alte Schwäche auf diesem Gebiet an den Tag gelegt. Sie unternehmen deshalb eine Untersuchung über die Unterstützung oder Duldung von Saddam Husseins Politik durch die Regierung während der zehn Jahre bis unmittelbar vor dem Überfall auf Kuwait, um den Republikanern ein Bein zu stellen.

Innenpolitische Traktanden

Die Demokraten versuchen ferner, die innenpolitische Agenda zu bestimmen. Sie sind dazu in vorteilhafter Stellung, weil sie sowohl die Füh-

rung im Senat wie im Repräsentantenhaus innehaben. Sie sind allerdings wie immer gespalten. Nach einem alten Scherz stellen sich die Demokraten im Kreis auf, wenn sie den Befehl erhalten, einen Exekutionspeloton zu bilden. Neue Strömungen organisieren sich. Dem «*Democratic Leadership Council*» rechts von der Mitte, dem die Senatoren Nunn, Robb und Lieberman angehören, mit dem Progressive Policy Institute, tritt nun die linksdemokratische «*Coalition for Democratic Values*» Howard Metzenbaums gegenüber. Dazu kommen die zahlreichen Interessengruppen.

Bush muss vor allem einmal die Rezession überwinden helfen. Er hat ihr Kommen mit Gleichmut betrachtet, und er glaubt jetzt, dass sie bald wieder verschwinden werde. Im übrigen nimmt sich sein Programm recht mager aus. Eine weitere «*Crime Bill*» soll die letztjährige ergänzen. Die Bekämpfung der Kriminalität bleibt jedoch zur Hauptsache eine Aufgabe der Staaten. Wenn, wie es Bush wünscht, mehr Delikte mit der Todesstrafe bedroht werden, kommt er damit einem Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung entgegen. Ob jedoch diese Bestimmungen dann auch drakonisch durchgeführt werden, bleibt nach früheren Erfahrungen zu bezweifeln. Die ebenfalls postulierte Aufhebung der «*exclusionary rule*», nach welcher Beweismittel ausgeschlossen werden und ein Angeklagter freigeht, wenn die Polizei ihre Kompetenzen überschritten und illegalerweise Beweise verschafft hat, wird nicht viel ändern. Die Vereinigten Staaten allein kennen diese Regel; sie wurde vom Supreme Court — nach früherem Hin und Her — 1914 eingeführt und 1961 auf die Staaten ausgedehnt.

Bush proponiert ferner Gesetze für die Verbesserung im Transportsystem, vor allem im Straßenbau, und über eine Förderung des Schulwesens. Er hat ferner dem Kongress schon eine Vorlage über die Energie unterbreitet.

Bush flicht weiterhin für die Abschaffung oder doch Reduktion der Kapitalgewinnsteuer, durch welche die Wirtschaft angekurbelt werden sollte. Die Demokraten lehnen das als Begünstigung der Reichen ab, obwohl vor allem Millionen von kleinen Sparern daraus Vorteile ziehen würden, die nach der Pensionierung ihr Haus verkaufen und nach dem Süden ziehen. Die Demokraten dagegen verlangen eine Umverteilung der Einkommen und Vermögen durch entsprechende Steuergesetze. Sie befürworten eine «*economic policy*». Hinter diesem vagen Ausdruck könnte sich, so meinen massgebende Republikaner, eine Wirtschaftsplanung verstecken.

Während Bush für eine freie Marktwirtschaft — allerdings nicht ohne Abweichungen — eintritt, verlangen führende Demokraten, vor allem der Fraktionschef im Repräsentantenhaus, Gephardt, unterstützt vom Dachverband der Gewerkschaften AFL-CIO, protektionistische Massnahmen, in erster Linie gegen Japan.

Neues Paradigma

Aus dem Weissen Haus verkündet ein 32 Jahre alter Mitarbeiter Bushs, James Pinkerton, ein «*Neues Paradigma*». Dieses Programm stützt sich auf die Freie Marktwirtschaft und sollte den Einfluss der Bürokratie eindämmen. Pinkerton postuliert ein Eigentum an Sozialwohnungen, Gutscheine an arme Kinder für den Besuch von Privatschulen sowie Steuervergünstigungen zur Bekämpfung der Verschmutzung von Luft, Wasser und Erde. Kaum war das «*Neue Paradigma*» an die Öffentlichkeit gelangt, wurde es von Budgetdirektor Darman heruntergerissen. Immerhin haben viele Leute nun gelernt, das ungewohnte Wort richtig auszusprechen («*paradigm*»).

Darman war ein Hauptakteur in den Budgetdiskussionen, die zu einer Abrede zwischen den Parteien führte, welche das Defizit eindämmen sollte. Bush wurde veranlasst, auf sein eindruckvollstes Wahlversprechen zu verzichten: «*Read my lips: No new taxes.*» Das trug ihm den Zorn des konservativen Flügels seiner Partei ein. Ein wesentlicher Teil desselben kritisierte auch sein Engagement am Persischen Golf. Aber nach dem Sieg nähern die Konservativen sich wieder dem Präsidenten an. Sie haben schliesslich wohl kaum jemand anderes, für den sie bei der Präsidentenwahl stimmen könnten. Aber ihre Stimmennthaltung würde die republikanische Position schwächen.

Starke Demokraten im Kongress

Selbst wenn Bushs Popularität sich in anderthalb Jahren noch auf hoher Ebene halten sollte, sind die Aussichten der Republikaner bescheiden, die Mehrheiten im Kongress zurückzugewinnen. Die Bisherigen werden im allgemeinen bestätigt. In Meinungsumfragen schimpft das Volk über den Kongress, lobt aber den Vertreter seines Wahlkreises. Bei den letzten Kongresswahlen 1990 wurden 96 Prozent der Repräsentanten, die sich wieder präsentierten, im Amt bestätigt, und alle Senatoren bis auf einen. In den beiden vorangegangenen Wahlen hatten über 98 Prozent der Repräsentanten obsiegt, die sich wieder bewarben. Ein Mittel, die festsitzenden Mehrheiten zu brechen, wäre die Beschränkung der Amtszeit auf vier oder sechs Jahre. Drei Staaten, Kalifornien, Colorado und Oklahoma, haben solche Limiten in ihrem Bereich eingeführt. Bush setzt sich nun für eine Begrenzung der Amtsduer ein. Eine Verfassungsänderung in diesem Sinn steht jedoch noch nicht in Aussicht. Niemand will und kann eben in dieser Demokratie dem Kongress zurufen wie 1653 Oliver Cromwell dem Parlament: «*You have sat too long here for any good you have been doing. Depart, I say, and let us have done with you. In the name of God, go!*» Und sie gingen . . .